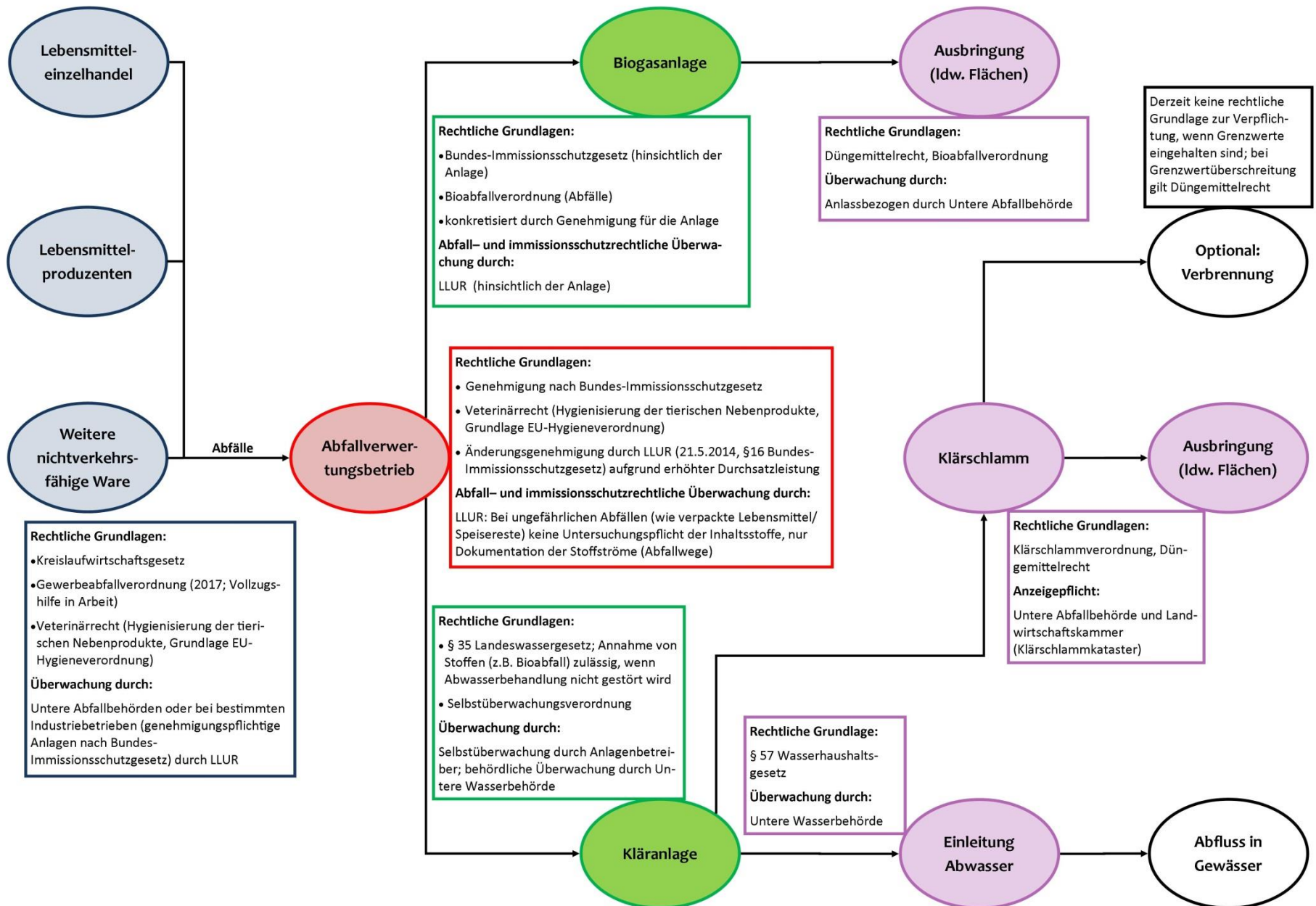


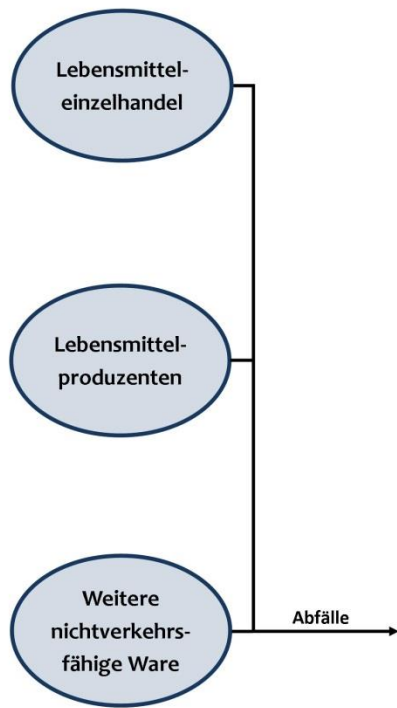
Verwertung gewerblicher Bioabfälle

Minister Dr. Robert Habeck im Umwelt- und Agrarausschuss

23. Mai 2018

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/979 (neu)





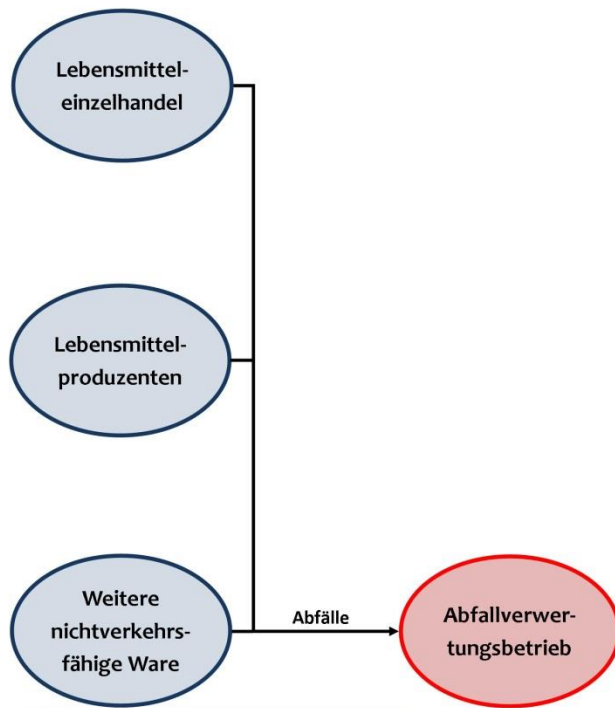
Lebensmitteleinzelhandel, Lebensmittelproduzenten und weitere nichtverkehrsfähige Ware

Rechtliche Grundlagen:

- Kreislaufwirtschaftsgesetz
- Gewerbeabfallverordnung (2017; „Vollzugshilfe“ in Arbeit)
- Veterinärrecht (Hygienisierung der tierischen Nebenprodukte, Grundlage EU-Hygieneverordnung)

Überwachung durch:

- Untere Abfallbehörden oder bei bestimmten Industriebetrieben (genehmigungspflichtige Anlagen nach Bundes-Immissionsschutzgesetz) durch LLUR



Rechtliche Grundlagen:

- Kreislaufwirtschaftsgesetz
- Gewerbeabfallverordnung (2017; Vollzugshilfe in Arbeit)
- Veterinärrecht (Hygienisierung der tierischen Nebenprodukte, Grundlage EU-Hygieneverordnung)

Überwachung durch:

Untere Abfallbehörden oder bei bestimmten Industriebetrieben (genehmigungspflichtige Anlagen nach Bundes-Immissionsschutzgesetz) durch LLUR

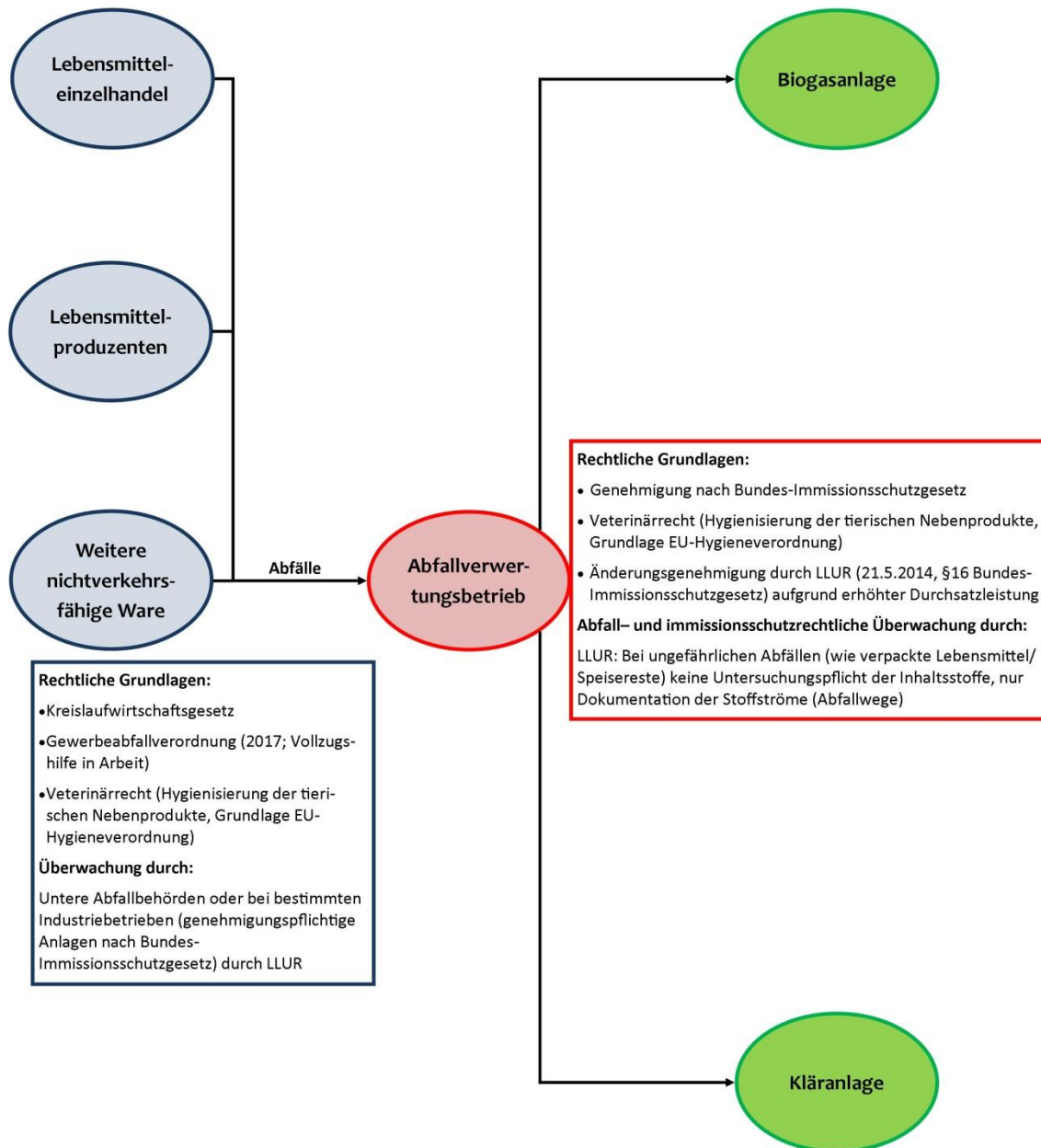
Abfallverwertungsbetrieb

Rechtliche Grundlagen:

- Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz
- Veterinärrecht (Hygienisierung tierischer Nebenprodukte, Grundlage EU-Hygieneverordnung)
- Änderungsgenehmigung für ReFood durch LLUR (21.05.2014, §16 Bundes-Immissionsschutzgesetz) aufgrund erhöhter Durchsatzleistung

Abfall– und immissionsschutzrechtliche Überwachung durch:

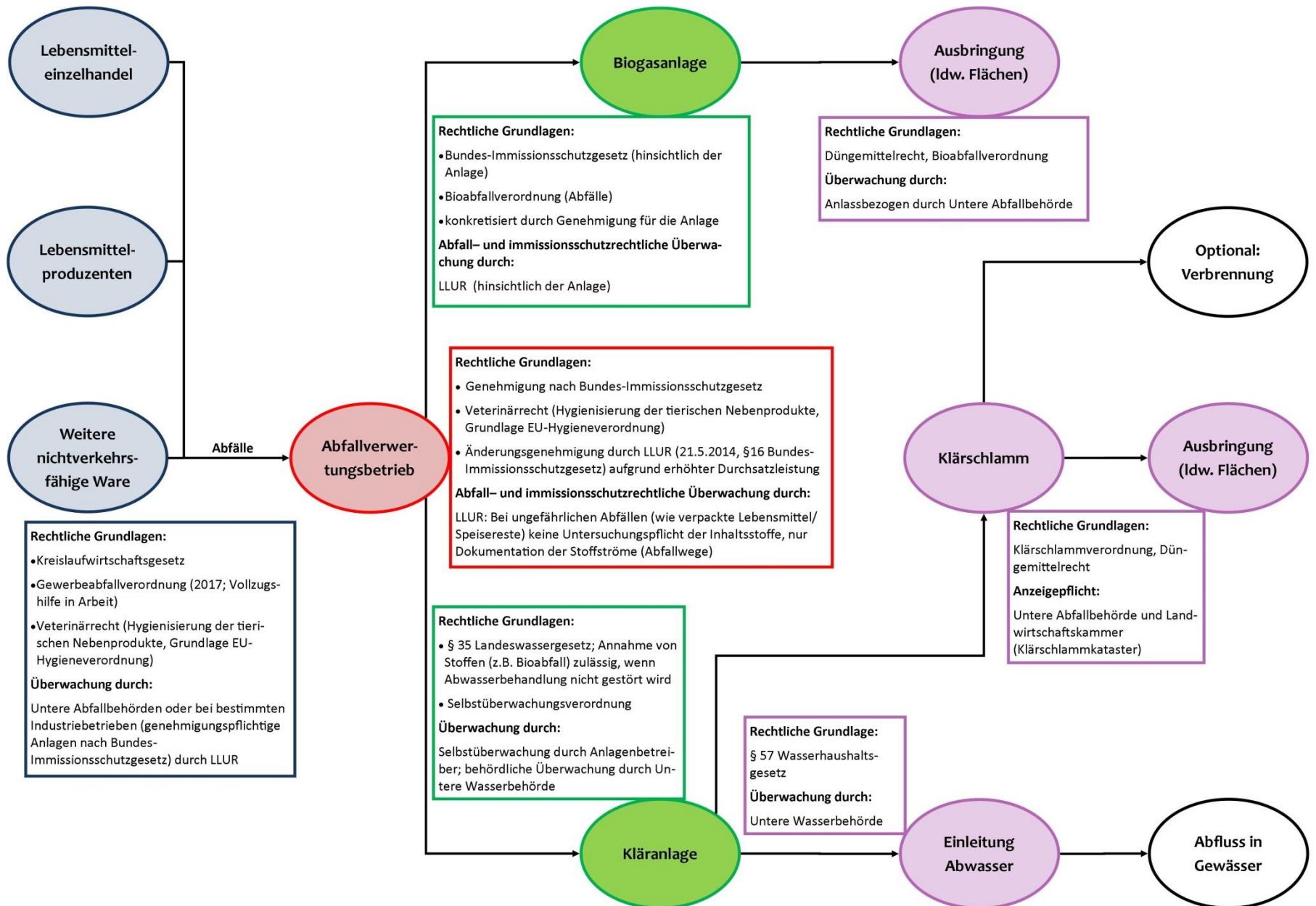
- LLUR: Bei ungefährlichen Abfällen (wie verpackte Lebensmittel/Speisereste) keine Untersuchungspflicht der Inhaltsstoffe, nur Dokumentation der Stoffströme (Abfallwege)



Biogasanlage	Kläranlage
Rechtliche Grundlagen: • Bundesimmissionsschutzgesetz (hinsichtlich der Anlage) • Bioabfallverordnung (hins. Abfälle) • konkretisiert durch jeweilige Genehmigung für die Anlage	Rechtliche Grundlagen: • § 35 Landeswassergesetz: Annahme von Stoffen (z.B. Bioabfall) zulässig, wenn Abwasserbehandlung nicht gestört wird • Selbstüberwachungsverordnung
Abfall– und immissionsschutzrechtliche Überwachung durch: • LLUR	Überwachung durch: • Selbstüberwachung durch Anlagenbetreiber • Behördliche Überwachung durch Untere Wasserbehörde



Ausbringung von Gärresten aus Biogasanlagen auf ldw. Flächen	Ausbringung von Klärschlamm auf ldw. Flächen	Einleitung Abwasser
Rechtliche Grundlagen: • Düngemittelrecht • Bioabfallverordnung	Rechtliche Grundlagen: • Klärschlammverordnung • Düngemittelrecht	Rechtliche Grundlage: § 57 Wasserhaushaltsgesetz (u.a. Vereinbarkeit mit Gewässereigenschaften)
Überwachung durch: Anlassbezogen durch Untere Abfallbehörde	Anzeigepflicht: • Untere Abfallbehörde • Landwirtschaftskammer (Klärschlammkataster)	Überwachung durch: Untere Wasserbehörde



Optional: Verbrennung

- Solange die Grenzwerte aus dem Düngemittelrecht eingehalten werden, besteht derzeit keine rechtliche Grundlage, auf deren Basis der Anlagenbetreiber zur Verbrennung des Klärschlammes verpflichtet werden kann.
- Bei Grenzwertüberschreitung gilt ein Ausbringungsverbot aufgrund Düngemittelrecht, welches ggf. zu faktischem Zwang für eine thermische Verwertung des Klärschlammes führen könnte.

